

## Erklärung

### Transparenz, Demokratie und Rechenschaftspflicht:

# IndustriAll Europe fordert die EU auf, verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln JETZT zur Pflicht zu machen!

Erklärung des Unternehmenspolitischen Ausschusses von industriAll European Trade Union

Brüssel, 14. November 2023

Nachdem die fortschrittlichen EU-Initiativen zur Stärkung der Transparenz (mit neuen Berichtspflichten), der Demokratie (mit den Plänen zur Stärkung der EBR) und der Rechenschaftspflicht in Unternehmen (durch den Vorschlag für eine verpflichtende Sorgfaltspflicht) begrüßt wurden, schlägt industriAll Europe nun Alarm, da derzeit massive Rückschläge zu verzeichnen sind. In seiner Sitzung am 14. November 2023 in Brüssel fordert der Unternehmenspolitische Ausschuss von industriAll Europe die politischen Entscheidungsträger\*innen der EU auf, der massiven Gegenlobby zu widerstehen und stattdessen jetzt verbindliche Regeln zu verabschieden, die Unternehmen dazu verpflichten, Menschen, Arbeitnehmer\*innen, Gewerkschaften und den Planeten zu respektieren.

Angesichts der gewaltigen Herausforderungen, die der grüne und digitale Wandel in einem Kontext zahlreicher Krisen (Inflation, Energie, Welthandel, Krieg...) mit sich bringt, steht die europäische Industrie am Scheideweg. Es wird geschätzt, dass die Arbeitsplätze von 25 Millionen Industriebeschäftigten im Zuge der Anpassung an die neuen Realitäten verlagert werden, sich verändern oder sogar verschwinden werden. IndustriAll Europe setzt sich seit langem für wirklich gerechte Übergänge ein, die hochwertige Arbeitsplätze in florierenden neuen und erneuerten Industrien schaffen. Ein gerechter Übergang kann nur gelingen, wenn die Beschäftigten mit an Bord sind und der soziale Dialog die Veränderungsprozesse vorantreibt: Nichts über uns ohne uns!

IndustriAll Europe setzt sich zudem seit langem für einen Paradigmenwechsel in der Art und Weise ein, wie multinationale Unternehmen geführt werden: weg von kurzfristigen und rein finanziellen Perspektiven, die den Aktionären auf Kosten der Menschen und des Planeten dienen, hin zu einem nachhaltigen strategischen Management, das von sozialem Dialog getragen wird und langfristig allen zugute kommt. Jahrzehntelange „Soft-Law“-Regulierung durch Verhaltenskodizes, Chartas oder „Comply or Explain“-Mechanismen haben es jedoch nicht geschafft, sozial verantwortliches Management in der DNA der Unternehmen zu verankern.

IndustriAll Europe fordert daher ein verbindliches verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln und erinnert daran, dass ein solcher Ansatz auf drei miteinander verflochtenen Säulen ruht<sup>1</sup>:

<sup>1</sup> Siehe die Position von industriAll Europe "Towards mandatory responsible business conduct" in [EN](#), [DE](#), [FR](#).

- **Transparenz:** weil multinationale Unternehmen keine Blackboxen sind und stattdessen Informationen über ihre Situation und Prognosen in Bezug auf die Finanzen offenlegen müssen, aber auch darüber, wie sie die Arbeitnehmer- und Menschenrechte, die Umweltstandards und die Dekarbonisierung in all ihren Betrieben und denen ihrer Lieferkette in der ganzen Welt respektieren und fördern.
- **Demokratie:** weil multinationale Unternehmen keine Blackboxen sind und stattdessen sicherstellen müssen, dass Entscheidungen, die sich auf die Arbeitnehmer\*innen, die lokalen Gemeinschaften oder die Umwelt auswirken können, nicht hinter verschlossenen Türen getroffen werden, sondern unter umfassender Beteiligung der Arbeitnehmer\*innen und ihrer Gewerkschaftsvertreter\*innen von der Fabrikhalle bis zur Vorstandsetage.
- **Rechenschaftspflicht:** weil multinationale Unternehmen keine Blackboxen sind und stattdessen sicherstellen müssen, dass sie alle tatsächlichen oder potenziellen negativen Auswirkungen auf die Menschen und den Planeten, die ihre Tätigkeit oder die ihrer Lieferkette verursachen könnten, ermitteln, verhindern, abmildern und beenden und darüber Rechenschaft ablegen, wie diese Auswirkungen behandelt werden.

In den vergangenen zwei Jahren wurden mehrere EU-Initiativen auf den Tisch gelegt, verabschiedet oder angekündigt, um Fortschritte auf dem Weg zu einer verbindlichen verantwortungsvollen Unternehmensführung zu erzielen. Leider haben sich die europäischen Debatten in den letzten Monaten in die entgegengesetzte Richtung bewegt.

IndustriAll Europe begrüßte die Verabschiedung der Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Corporate Sustainability Reporting Directive) Ende 2022 als einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der **Transparenz**. Nicht nur Umfang und Qualität der offenzulegenden finanziellen, sozialen und ökologischen Informationen werden dank gemeinsamer europäischer Berichtsstandards erheblich verbessert. Durch die neue Richtlinie wird außerdem die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmervertreter\*innen zur Berichterstattung ihres Unternehmens im Bereich Nachhaltigkeit verbindlich vorgeschrieben. Nur wenige Monate nach ihrer Verabschiedung änderte die Kommission jedoch ihren Ansatz und kündigte an, „die mit den Berichterstattungspflichten verbundenen Belastungen um 25 % zu verringern“, indem sie die Ausarbeitung der europäischen Berichterstattungsstandards aufschob und u. a. die Verpflichtungen auf sehr große Unternehmen beschränkte<sup>2</sup>.

IndustriAll Europe begrüßte auch die Schlussfolgerungen, die die Europäische Kommission aus der Anhörung der Sozialpartner zu einer möglichen Überarbeitung der Richtlinie über Europäische Betriebsräte gezogen hat, da Kommissar Schmit für Anfang 2024 einen Legislativvorschlag zur Stärkung der EBR-Rechte und damit der **Demokratie** am Arbeitsplatz ankündigte. Mit 30 Jahren Erfahrung in der täglichen Unterstützung von mehr als 600 EBR im verarbeitenden Gewerbe, im Energiesektor und im Bergbau hat industriAll Europe bedauerlicherweise eine Fülle von Beweisen gesammelt, die zeigen, dass die EBR-Richtlinie kaum durchgesetzt wird und dass die Sanktionen weder wirksam noch stark genug sind, um die Unternehmensleitung von der Nichteinhaltung abzuschrecken. Dennoch sind die Arbeitgeberorganisationen „der festen Überzeugung, dass es keinen Bedarf für eine Überarbeitung der

---

<sup>2</sup> Siehe [Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2024](#).

Richtlinie gibt [...], da die meisten EBR zufriedenstellend arbeiten.”<sup>3</sup> Der Widerstand gegen den anstehenden Kommissionsvorschlag wächst, und es werden Gegenvorschläge für nicht verbindliche Instrumente wie Verhaltenskodizes gemacht, obwohl diese die festgestellten Mängel der EBR-Richtlinie nicht beheben könnten.

IndustriAll Europe würdigte den Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit, der 2022 veröffentlicht wurde, als einen historischen Schritt in die richtige Richtung, auch wenn er aufgrund erheblicher Schlupflöcher, die die effektive **Rechenschaftspflicht** der Unternehmen schwächen, nur ein erster Schritt war. Die später vom Europäischen Parlament angenommene Position trug dazu bei, einige der Schlupflöcher zu beseitigen, unter anderem durch die Sicherstellung der vollständigen Einbeziehung der Gewerkschaften und ihrer Vertreter\*innen in die entsprechenden Diskussionen. Diese und andere Fortschritte gerieten leider im Laufe der Trilog-Verhandlungen stark unter Druck, bei denen es heute hauptsächlich um die Verwässerung des Anwendungsbereichs (z. B. Ausschluss des Finanzsektors), die Durchsetzung (z. B. Beschränkungen hinsichtlich der zivilrechtlichen Haftung und des Zugangs der Opfer zur Justiz) und die Rolle der Gewerkschaften in den Sorgfaltsprüfungsverfahren geht. Fortschritte im Hinblick auf die Verabschiedung einer EU-Verordnung, die ein Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit auf dem EU-Markt vorsieht, werden besorgniserregend schleppend erzielt, und die von den Gewerkschaften vorgelegten roten Linien wurden noch nicht umgesetzt<sup>4</sup>.

Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück. Darüber hinaus schwindet die Chance, den Trend umzukehren und die progressiven Ansichten wieder auf den richtigen Weg zu bringen, da die EU-Gesetzgebungsverfahren im Wahljahr auf Eis gelegt werden und Ungewissheit über den Ausgang der Europawahlen 2024 herrscht.

Vor diesem Hintergrund und im Namen der 7 Millionen Arbeitnehmer\*innen, die sie in 39 Ländern vertreten, fordern die Gewerkschaften von industriAll Europe die politischen Entscheidungsträger\*innen der EU dringend auf, sich ohne weitere Verzögerung zu verpflichten:

- 1. transparente Unternehmen zu fördern**, indem die Pläne zur Verringerung der Berichtspflichten und zur Verschiebung der vollständigen Umsetzung der Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen zurückgenommen werden.
- 2. die Demokratie in den Unternehmen zu stärken**, indem ein Legislativvorschlag zur EBR-Richtlinie verabschiedet wird, der dank klarer Regeln für die Durchsetzung, den Zugang zu Gerichten und Sanktionen endlich länderübergreifende Rechte auf Unterrichtung und Anhörung wirksam werden lässt.

<sup>3</sup> Siehe [die Antwort von Business Europe auf die erste Runde der Sozialpartnerkonsultation zu einer möglichen Überarbeitung der EBR-Richtlinie](#).

<sup>4</sup> Siehe Erklärung der Gewerkschaften See the statement issued by trade unions and NGOs on “[red lines for the Regulation on prohibiting products mad with forced labour on the Union market](#)”.

- 3. die Rechenschaftspflicht von Unternehmen zu fördern**, indem eine wirksame EU-Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit verabschiedet wird, die für alle Unternehmen in allen Sektoren und entlang der gesamten Lieferketten gelten muss, um die Achtung der Arbeitnehmer-, Menschen- und Umweltrechte durch die umfassende Einbeziehung der Gewerkschaften, eine echte zivilrechtliche Haftung und den Zugang der Opfer zur Justiz sicherzustellen. Die politischen Entscheidungsträger\*innen der EU müssen sich außerdem mit Nachdruck dafür einsetzen, dass der UN-Vertrag über Wirtschaft und Menschenrechte so schnell wie möglich angenommen wird.
  
- 4. die Verantwortlichkeit von Unternehmen zu fördern**, indem eine ehrgeizige EU-Verordnung verabschiedet wird, die ein Verbot von Produkten, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden, auf dem EU-Markt vorsieht.

IndustriAll Europe wird sich bei den EU-Institutionen weiterhin für einen Rechtsrahmen einsetzen, der alle Unternehmen verpflichtet, ihre Geschäftsmodelle transparent auszugestalten, gegenüber der Gesellschaft Rechenschaft für ihre Handlungen abzulegen und auf demokratische Art und Weise geführt zu werden, was die Unterrichtung, Anhörung und Verhandlung mit den Gewerkschaften einschließt.